

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise:  
Einzelnummer 25 Pf. Durch Kurträger 1.40 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6.10 Mk. für den Monat.

Verlagsnummer: Nr. 28885  
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenweise Millimeterpreis aber deren Raum 0.80 Mk., anstandslos 0.50 Mk.  
Stich- und Zeichnungsgelände, Familienanzeigen, Verträge und Verammlungs-Anzeigen 0.40 Mk.  
Reklams: Die Millimeterpreis, beiseitigen aber deren Raum im Text 3.- Mk.

## An das gesamte deutsche Proletariat.

### Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Vereinigte Kommunistische Partei wandte sich an alle proletarischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen mit der Aufforderung, sich zusammenzuschließen zum gemeinsamen Kampfe gegen die wachsende Not, wachsende Teuerung, wachsende Arbeitslosigkeit und immer frecher werdende Reaktion. Die Forderungen, die die V. K. P. D. aufstellte, waren keine kommunistischen Forderungen. Sie waren Forderungen, die nicht die Herrschaft des Proletariats voraussetzten, sondern die heute schon, wenn auch nur vorübergehend, Euer Elend und Eure Not mindern sollten. Die V. K. P. D. begnügte sich mit der Aufstellung dieser Forderungen, um alle Arbeiter, auch die nichtkommunistischen,

zur gemeinsamen Abwehr zusammenzubringen. Sie erklärte sich bereit, mit der Sozialdemokratie, mit der Unabhängigen Sozialdemokratie, mit der Kommunistischen Arbeiterpartei, mit den Gewerkschaften sich an den Tisch zu setzen und über die Einzelheiten der Forderungen wie der Aktion zu verhandeln.

Die V. K. P. D. tat dies alles in dem Bewußtsein, daß in der großen Not, in der sich die Arbeitermassen befinden, alles getan werden müsse, um über die tiefen Gegensätze hinweg, die das Proletariat teilen und spalten, es zusammenzufassen, wenigstens zum Kampfe um das nackte Leben. Sie wollte für den Augenblick zurückstellen die Erinnerung an die Blutschuld der mehrheitssozialdemokratischen Führer. Sie wollte zurückstellen für den Augenblick die Erinnerungen an alle den Schaden, den die unabhängigen Führer den Arbeitermassen durch ihr Wanken und Schwanken beigelegt haben. Sie wollte für den Augenblick zurückstellen die Erinnerungen an die Dienste, die die Gewerkschaftsbürokratie den Kapitalisten im Krieg und Frieden geleistet hat. Es galt die Arbeiter zusammenzufassen, es galt den Führern die Möglichkeit zu nehmen, unter Berufung auf die Spaltung der Arbeiterklasse jede gemeinsame Aktion gegen den Kapitalismus zu sabotieren.

Aber die Führer aller anderen proletarischen Parteien und Gewerkschaften haben unseren Vorschlag, sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die Bourgeoisie zusammenzufinden, teils mit wüsten Schmähungen, teils mit kühler Ablehnung beantwortet.

Wenn es die V. K. P. D. getan hat, die Partei der revolutionären Phrasen, so erkennen wir ihr mildere Umstände zu. Sie weiß selbst nicht, was sie tut, und sie glaubt der Revolution zu dienen, wenn sie auf die Revolution wartet.

Ganz anders die Führer der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen. Sie wußten, was sie taten, als sie die gemeinsame Front des Proletariats nicht aufkommen ließen. Von Anfang haben sie uns Kommunisten den Vorwurf der Spaltung gemacht, wenn wir die selbstverständliche Auffassung vertraten, daß, wer sich in anderen Parteien als Kommunist fühlt, sich schon aus Realitätsgründen zur kommunistischen Partei gesellen soll. Sie haben uns Zerstückler der Gewerkschaften genannt, wenn unsere Genossen das taten, was die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen auch tun: Wenn sie sich auf dem Boden der Gewerkschaft in ihrem Rahmen zu Fraktionen zusammenschließen, um gemeinsam zu beraten, wie man am besten die Gewerkschaftsbewegung vorwärtsbringen kann. Die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen predigen menschenlang Einheit, Einheit der Arbeiterklasse, und jetzt, wo eine proletarische Partei an sie herantrat und offen sagte:

Wir können uns zwar nicht einigen über Demokratie und Diktatur, aber einigen wir uns für den Kampf um ein Stück Brot, das den mehrheitssozialistischen und unabhängigen Arbeitern nicht weniger notwendig ist als den Kommunisten,

da liegen die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führer das Gerede von der Einigkeit fallen, und sie wenden alles an, um die Motive des Vorgehens der V. K. P. D. vor Euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, zu fälschen. Die Schreier nach Einheit, die Fetterer gegen die Spaltung, sie haben sich als die Spalter Eures gemeinsamen Kampfes gegen die Teuerung, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Drangsal erwiesen. All ihr Geschrei über Einigkeit, alle ihre Anklagen gegen die Kommunisten haben als Heuchelei, haben sich als Komödie erwiesen. Die

Bauer, die Graßmann, die Hermann Müller, die Ditzmann, die Hilferding, sie wollen keine einheitliche Front des Proletariats, keinen Zusammenschluß der Arbeiter, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit zu gemeinsamem Kampfe.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr müßt auch die Frage stellen: Warum können die Führer der freien Gewerkschaften, die Sozialdemokraten und Unabhängigen sind, sich mit den Christen und mit den Hirschen verständigen und vereinigen, warum konnten sie sich aber, warum wollten sie sich nicht mit den kommunistischen Arbeitern verständigen und zur gemeinsamen Abwehr gegen den Kapitalismus vereinigen? Die Ursachen liegen auf der Hand: Mit den Christen und Hirschen vereinigen sie sich, um Arbeitsgemeinschaften mit der Bourgeoisie zu bilden, um Tarifverträge zu schließen, in denen sie für ein paar Pfennige Zulage auf den Kampf um die wirkliche Besserung der Lage der Arbeiterklasse verzichten. Mit den Hirschen und mit den Christlichen vereinigen sie sich in der Sklaverei, in der Unterwürfigkeit unter den Willen der Bourgeoisie. Sie wußten aber, daß wir Kommunisten ihnen nie darum gemeinsame Aktionen vorschlagen, damit das Proletariat gemeinsam hungere und gemeinsam sich dem Kapital unterwerfe. Sie wußten, daß wir ihnen eine gemeinsame Front zum wirklichen Kampfe vorschlagen.

Diesen Kampf wollen sie nicht. Bisher klagten sie uns an, daß wir um Phantasien, um unerreichbare Ziele die Arbeiterklasse bluten lassen. Nun, wir schlagen ihnen den Kampf um ein Stückchen Brot mehr, den Kampf um ein Obdach, den Kampf um Arbeit, den Kampf gegen die Rechtslosigkeit der Arbeiter, gegen die Herrschaft der Drangsal, der Technischen Nothilfe vor. Und es zeigt sich, daß sie auch um diese Ziele, die jedem Arbeiter einleuchten müssen, nicht kämpfen wollen.

Sie wollen überhaupt nicht kämpfen. Und weil sie wußten, daß sie bei einer Koalition mit uns unter fester Kontrolle stehen würden, weil sie wußten, daß wir ihnen nicht erlauben würden, den Kampf resultatlos abzubrechen, die Kräfte der Proletarier zu verzetteln, die Köpfe der Proletarier zu verwahren, weil sie wußten, daß die gemeinsame Front mit den Kommunisten bedeutet: Klar zum Gefecht!, darum mußten sie die Masken fallen lassen, darum mußten sie auf ihr Einigkeitsschrei verzichten.

Darum mußten sie offen und klar als Zerstückler und Spalter des Proletariats auftreten. Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir wollen heute nicht lang und breit das alles sagen, was wir als kommunistische Partei zu dem Verrat der proletarischen Solidarität, zu dem Verrat der einfachsten Lebensinteressen der Arbeiter durch die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führer zu sagen haben. Und es ist nicht nötig:

Jeder klardenkende Arbeiter hat jetzt erfahren, was den praktischen Kampf der Arbeiterklasse unmöglich machen will, wer sie im Kampfe um das Brot spaltet.

Keiner von Euch wird in der Zukunft glauben, es seien dies die Kommunisten. Jeder von Euch wird wissen:

Die Spalter und Zerstückler, das sind die Führer der Mehrheitssozialdemokraten, das sind die Führer der Unabhängigen, das ist die Gewerkschaftsbürokratie.

Was wir heute mit allem Nachdruck, mit aller Macht Euch zum Bewußtsein bringen wollen, das ist die große Gefahr, in der die Arbeiterklasse in dem gegebenen Augenblick schwebt dank dieser Politik der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, die Gefahr, die wir mit aller Energie abwenden müssen, wenn wir nicht eine große Verschlechterung unserer Lage in der nächsten Zeit erdulden wollen.

Die Kapitalisten vereinigen sich zu einem Vorstoß gegen die Arbeiterklasse.

Die Kapitalisten versuchen, bei steigender Teuerung die Löhne nochmals zu verkürzen.

Die Kapitalisten versuchen, die Lasten der Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie die Arz-

arbeit in dem größten Umfange durchführen, oder direkt die Fabriken schließen.

Dagegen können sich die Proletarier nur dadurch wehren, daß sie in geschlossener Front vorrücken, daß sie trenn zu einander stehen.

Eure geschlossene Abwehr soll zunächst gemacht werden durch die Spaltungspolitik der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen Führer und der Gewerkschaftsbürokratie!

Wenn Ihr diesen Führern freie Hand laßt, so werdet Ihr nicht imstande sein, Euch gegen die drohende Gefahr zu wehren, so werdet Ihr nicht imstande sein, Eure Kämpfe siegreich durchzuführen. Zerstückelt, ohne einheitlichen Willen, werdet Ihr unter der Peitsche des Hungers in den Kampf treten und entmutigt werdet Ihr zusehen müssen, wie die sozialdemokratischen Führer und die Gewerkschaftsbürokratie der Bourgeoisie wieder ein paar Pfennige, die Euch nicht einmal vorübergehend helfen, abhandeln. Der Abwärtsgang der Eisenbahnerbewegung ist ein sprechendes Beispiel.

Das müßt Ihr verhindern, indem Ihr im ganzen Reich wie ein Mann aufsteht mit dem Ruf:

Nieder mit den Zerstücklern des proletarischen Kampfes! Es lebe die gemeinsame Abwehraktion gegen Not und Elend!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Es gilt, in jeder Fabrik Versammlungen der gesamten Belegschaft einzuberufen. Es gilt, in jeder Fabrik darüber zu beraten, was die einheitlichen Forderungen der Arbeiter sein sollen. Es gilt, in jeder Fabrik die Betriebsräte zu verpflichten, für diese Forderungen einzutreten.

Es gilt, in jeder Gewerkschaft Versammlungen einzuberufen, in denen den Gewerkschaftsführern zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Arbeiter sie an die Luft setzen werden, falls sie es wagen, die gemeinsame Aktion des Proletariats zu sprengen oder zu sabotieren.

Es gilt, in öffentlichen Versammlungen alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, zusammenzurufen, um den mehrheitssozialistischen und den unabhängigen Führern zu sagen:

Falls Ihr Euch gegen die gemeinsame Aktion des Proletariats wendet, so wird die Aktion gegen Euch durchgeführt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Schnell müßt Ihr handeln. Denn niemand weiß Tag und Stunde, wann Euch die Revolution der Kapitalisten und die Not zwingen werden, in den Kampf zu treten, wann Ihr bereit sein müßt, in geschlossener Front in den Kampf zu rücken.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die V. K. P. D. geht nicht auf Warnung aus. Niemals wird sie verheimlichen, daß sie die Rettung des Proletariats in der Niederrückung des kapitalistischen Staates, in der Bildung der proletarischen Regierung sieht, die sich auf die Arbeiterkräfte stützt. Sie wird niemals verheimlichen, daß, wer um diese Ziele kämpfen will, allen anderen Parteien den Rücken zulehren und sich um die V. K. P. D. sammeln muß. Aber ebenso klar und offen sagt sie, daß zu dem Kampfe um Brot, Arbeit und gegen die Drangsal sich alle Arbeiter sammeln können, ohne Rücksicht darauf, ob sie die kommunistischen Lösungen für richtig halten oder nicht.

Die V. K. P. D. pflanzt hiermit die Fahne der proletarischen Solidarität auf.

Sie wird nicht rasten und nicht ruhen, bis sie alle Hindernisse auf dem Wege zu der einheitlichen Front des Proletariats niedergezogen hat. Und sie wird sie niederringen dank Eurer Hilfe, dank Eurer Einsicht, daß der Weg, den sie vorschlägt, der Weg der Rettung ist:

Nieder mit den Zerstücklern!

Nieder mit den Saboteuren des proletarischen Abwehrkampfes!

Nieder mit der Zerstücklung des Proletariats!

Es lebe der gemeinsame Kampf gegen kapitalistische Not und Elend!

# Demagogen.

Die „Volkswacht“, das Organ der Breslauer S. P. D.-Führer, hegt wie alle S. P. D.-Blätter gegen die von den Kommunisten geforderte und angebahnte Einigung des Proletariats zum Kampf gegen Not und Elend und gegen die Drageh. Ohne überhaupt den Offenen Brief oder wenigstens die in ihm enthaltenen Forderungen ihren Lesern bekannt zu geben, verleumdet die „Volkswacht“ die Absicht der Kommunisten mit denselben niederträchtigen Argumenten wie der „Vorwärts“ und die „Freiheit“.

Aber einen besonders gemeinen demagogischen Trick hat die „Volkswacht“ noch voraus. Sie lügt in den Brief einfach etwas hinein, von dem kein Wort in dem Offenen Brief steht: Die Betriebsbesetzung. Sie machte das in ihrer Nummer vom 12. Januar mit folgendem Satz: „Was für neue Pläne zur Arbeiterbeglückung diese bewährten Strategen der Niederlage im Schilde führen, ist im einzelnen nicht bekannt. Verschiedene Umstände aber deuten darauf hin, daß dabei die Betriebsbesetzung eine große Rolle spielen wird.“ Von da an schreibt die „Volkswacht“ und reden die Breslauer S. P. D.-Führer, wenn sie auf den Offenen Brief kommen, nur noch von „Betriebsbesetzung“. In Wirklichkeit aber steht im ganzen Offenen Brief der S. P. D. an alle Arbeiterorganisationen kein Wort über die Betriebsbesetzung. Das Ziel, das im Offenen Brief aufgestellt ist, umschließt die allernotwendigsten Dinge, für die sich heute jeder Arbeiter, der auch nur einen Funken Klassenbewußtsein in Kopf und Herz hat, einsetzen muß. Kampf um mehr Brot, um bessere Wohnung und Kleidung, Kampf gegen die nach Arbeiterblut lechzende Drageh, das sind die Losungen des Offenen Briefes.

Warum verschweigt die „Volkswacht“ diese Wahrheit ihren Lesern gegenüber und schreibt nur von Betriebsbesetzung? Das geht aus der ganzen Politik der S. P. D.-Führer ganz klar hervor. Sie verschweigt die Wahrheit, weil sie tatsächlich überhaupt keinen Klassenkampf mehr will und also auch keine Einigung des Proletariats zum gemeinsamen Kampf um mehr Brot und gegen die Drageh und sie lügt noch dazu von Betriebsbesetzung, um dadurch die Beschäftigten und die erwerbslosen Arbeiter gegeneinander auszuspielen und so zu versuchen, auch die Einigung des Proletariats zum Kampf über ihre Köpfe hinweg zu verhindern.

- Wir stellen also fest:
1. Die „Volkswacht“ und die Breslauer S. P. D.-Führer tun alles, um die Einigung des Proletariats zum Kampf zu verhindern.
  2. Zu diesem Zwecke verschweigt die „Volkswacht“ ihren Lesern, den rechtssozialistischen Arbeitern, die Wahrheit, indem sie ihnen nicht den Wortlaut des Offenen Briefes zur Kenntnis bringt.
  3. Darüber hinaus belügt die „Volkswacht“ die Arbeiter in der gemeinsten Weise, um sie gegeneinander zu hetzen und so ihre Einigung zum Kampf zu verhindern.
- Die Breslauer Arbeiterchaft, insbesondere die rechtssozialistische, hat nun die Pflicht, wenn nicht der Mafel der Lüge und Gemeinheit auf sie fallen soll, die sozialdemokratischen Führer in allen Gewerkschafts-, Partei- und öffentlichen Versammlungen zur Rechenschaft zu ziehen und sie zu klarer Stellungnahme zu dem tatsächlichen Inhalt des Offenen Briefes zu zwingen. Weisen sie oder lehnen sie die Einigung zum Kampf um die aufgestellten minimalen Forderungen ab, dann müssen sie davon gejagt werden und ohne sie die Einigung der Breslauer Arbeiterchaft zum Kampf zustande gebracht werden.

# Politische Uebersicht.

## 1 1/2 Milliarde zum Kampf gegen die Kommunisten.

Der Hauptauschuss des Reichstages genehmigte in seiner Sitzung vom Sonnabend 1 1/2 Milliarde für die Postzeit. Ueberaus interessant war die Debatte, die sich an die Bewilligung knüpfte. Breitscheid kritisierte die Tätigkeit des Reichskommisars für öffentliche Ordnung, der bekanntlich falsche Berichte seiner Bodspiegel über bevorstehende Kommunisten-Räufche in die rechtsstehende Presse lanciert, und der seine Tätigkeit als ausschließlich gegen die Proletarier gerichtet ansieht. Der Minister des Innern in Preußen wurde sich wenigstens auch gegen die Drageh, führte Breitscheid aus, der Reichsminister beschränke seine Aufmerksamkeit aber auf die angeblichen Umtriebe der Linken.

„Das ist doch eine gute Arbeitseinteilung“ antwortete darauf Minister Koch mit der ganzen zynischen Offenheit eines Politikers, der sich der Drageh sehr sicher fühlen muß. Koch hielt dann noch eine längere Rede gegen die Kommunisten, vor deren Umsturzabsichten er die demokratische Verfassung zu schützen habe. Als Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht nur theoretisch die Verfassungsfrage diskutiieren, sondern sehr reale Arbeit leisteten, gegen die eingeschritten werden müsse, zitierte der Minister Koch die bekannte Reichstagsrede Debevoars, in der dieser auf die kommunistische Widerzentrale in Berlin hinwies.

Nach so weidlich betriebener Kommunistenhetze hatte Koch im Hauptauschuss die Stimmung erzeugt, in der er die geforderte 1 1/2 Milliarde für die Polizei, in der Verknüpfung des inneren Friedens dient, bewilligt bekam. Eine der nächsten Sitzungen des Reichstages wird sich nun damit zu befassen haben, wie man diese 1 1/2 Milliarde in Gehalt neuer Strafen der Arbeiter aufbringt, damit die Bourgeoisie nicht selbst die Kosten zu zahlen hat für den Kampf gegen das Proletariat.

## Schließung von Thyssenwerken.

Das „Jülicher Tageblatt“ bringt vorerst in seinem Jahrbuch folgende Notiz von fünf Zellen: „Eine Folge des unglücklichen kommunistischen Pulvers in den Thyssen-Werken in Hamborn ist die Schließung

des der Firma gehörenden Press- und Walzenwerkes in Düsseldorf-Reisholz. Wie die Verwaltung des Werkes heute bekannt gibt, hat sie gestern die ganze Belegschaft fristlos entlassen und alle Abteilungen des Werkes stillgelegt.“

Nachdem also die Arbeiterschaft in Hamborn sich zunächst zur Wehr setzte, versuchen die Thyssenwerke durch Stilllegung eines anderen Werkes und fristlose Entlassung der gesamten Arbeiterschaft nun ihr Mitleid an den Arbeitern zu fühlen. Sie wollen ihnen zeigen, daß sie noch immer die Herren im Hause sind und leisten sich solche Provokationen nicht ohne Hoffnung auf den Widerstand der Arbeiter, der die Stimmung für einen Rechtsputsch in den nächsten Wochen vorbereiten soll.

## Auf dem Wege zur proletarischen Einheitsfront.

Eine Riesenkundgebung der Arbeiter und Angestellten des Siemens-Konzerns klang aus in der Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung sieht in der Zusammenfassung und Vertrustung des Kapitals eine schwere Gefahr für den Befreiungskampf des Proletariats.“

Die Versammelten sind sich bewußt, daß nur durch die Vereinigung der ganzen Arbeiterschaft es möglich sein wird, diesen Bestrebungen ernsthaft entgegenzutreten, sie erblickt daher in dem Offenen Brief der S. P. D. die Grundlage, um die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen. Die Versammlung fordert von dem A. D. G. P., der Ipa und den sozialistischen Parteien, gegenseitige Ver-

## Trog alledem!

(Rote Fahne 13. Januar 1919.)

„Spartakus niedergedrungen!“  
O gemach! Wir sind nicht gelohet, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfeslustigkeit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Moske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trog alledem!

Unter dem Dröhnen des herantollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Schaven der Proletarier erwachen wie von den Fesseln des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heißen von den Fuchsbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Sultans — morgen wird er ausbrechen und sie alle in glühender Hitze und Lavaströmen begraben.  
Carl Liebknecht.

handlungen auf dieser Grundlage vorzunehmen, um zu verhindern, daß weitere Betriebe geschlossen, Ausscherrungen, sowie Verkürzungen der Arbeitszeit vorgenommen werden.“

Diese Resolution kam zur Annahme, obwohl Hüfnerding und Anhänger sich in ihren Referaten rechtlich Mühe gegeben hatten, diese Willenslandgebung zu verhindern.

Doch weder diese Reden, noch die Pressekampagne der Rechtssozialisten und Unabhängigen gegen uns, wie alle ihre verzweifelten Anstrengungen, die Arbeiterschaft zurückzuhalten, haben bei den Arbeitern und Angestellten der Siemenswerke verfangen.

Die Entente ihrer Lage, der Wille zum Kampfe, das Gefühl der proletarischen Solidarität bei den proletarischen Massen geht unaufhaltsam über alle menschenwürdigen Phrasen hinweg.

Die Forderungen und Parolen der kommunistischen Partei bilden den Boden, auf dem sich alle Arbeiter vereinigen werden. Die Siemens-Arbeiter und Angestellten haben den Anfang gemacht, andere werden folgen.

Mit uns die Massen, für uns die Zukunft, unser wird der Sieg sein.

## Die Breslauer Gewerkschaftsführer lassen die Zips auffahren.

Das Gewerkschaftsblatt hatte für Dienstag vorgemittelt zu einer Arbeitelosen-Versammlung aufgerufen. Wenn die Arbeitelosen aber glaubten, alle dort erscheinen zu können, so hatten sie sich gründlich geirrt. Das Gewerkschaftsblatt hatte eine scharfe Kontrolle eingerichtet, daß kein Unorganisiertes den Saal betritt. Diese erzwungen sich aber doch den Eintritt. Daranßin wurde die Versammlung als solche von der Versammlungsleitung für aufgelöst erklärt. Der Arbeitelosenrat verjagte die Versammlung noch zusammenzuhalten, was ihm keineswegs gelang, bis der Staatsverwalter Straßburg erschien und die Arbeitelosen auf das schäbige Begehren der sozialdemokratischen Stadtverordneten aufzulösen zwang. Er ließ die Arbeitelosen auf sich nicht von dem Verhalten der S. P. D.-Völker täter provozieren zu lassen und in die Zukunft zu geben. Inzwischen aber er die Zips aufzufahren, zerren von den Arbeitelosen. Die Zips sind jetzt gegen die Sozialisten, gegen Arbeiter die Zips zu rufen, selbsthaft hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Aber jemand

anders kann es nicht gewesen sein, zumindest geschah es mit Unterstützung der rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer.

Die beabsichtigte Provokation scheiterte an der klarschauenden Haltung der erwerbslosen Arbeiter, die nach den Ausführungen des Genossen Gruschwitz ohne Zwischenfall auseinander gingen.

Diese Tat der rechtssozialistischen Breslauer Gewerkschaftsführer ist der Höhepunkt eines systematischen Arbeiterverrats. Arbeiter und Arbeiterinnen, Erwerbslose! Bestimmt Euch auf eure proletarische Ehre. Werdet Euch bewußt, daß es eine Schande ist, Gefährte solcher „Führer“ zu sein.

## Herr Heilmann.

Die Breslauer S. P. D.-Führer haben sich als große Kanone zur Eröffnung des Wahlkampfes Herrn Heilmann bestellt. Das ist charakteristisch für den „radikal“ tuenden Herrn Löbe und seine Genossen vom Vorstand. Heilmann ist nämlich einer der konsequentesten Chauvinisten unter der S. P. D.-Führerschaft. Das hat er erst wieder in seiner Wahlrede am 14. Januar in der Preussischen Landesversammlung gezeigt.

Hier nur einige Blüten aus seiner Rede nach dem Bericht:

„Es wäre wichtig, eine einheitliche nationale Front zu bilden.“

„In Kriege haben wir Sozialdemokraten bis zum letzten Augenblick unsere vaterländische Pflicht getan.“

„Ich habe den Eindruck, die Kommunisten werden für ihre Agitationsreden von den Deutschnationalen bezahlt.“

„Stolz bin ich, daß man mich während des Krieges als einen Sozialimperialisten bezeichnet hat.“

## Hochverräter Ludendorff.

Der General Ludendorff hat durch die Presse demütigen lassen, daß er der Entente einen Plan für ein militärisches Vorgehen gegen Sowjetrußland überreicht habe. Nun ist der Wert Ludendorffischer Dementis allgemein bekannt.

Diesmal ist jedoch das Dementi überraschend schnell und noch dazu von einem Helfershelfer Ludendorffs übergeliefert worden. Der Abenteurer Arnold Reicheberg teilt in der „München-Augsburger Abendzeitung“ folgendes mit:

„Von Vertretern der Entente war mir gegenüber wiederholt der Wunsch geäußert worden, die militärischen Absichten des General Ludendorffs über die aus dem Osten drohende Gefahr eingehend kennen zu lernen. Ich habe daraufhin mit General Ludendorff die militärische Lage in Europa nach sachmännischen Gesichtspunkten durchgesprochen und das Resultat dieser Besprechungen niedergeschrieben. General Ludendorff hat mir auf meinen Wunsch schriftlich bestätigt, daß die von mir am 8. Dezember 1920 verfaßte und gezeichnete Denkschrift seinen Ansichten entspricht. Ich habe die Denkschrift an die Entente weitergegeben, die Verantwortung dafür übernehme ich vollkommen und allein. Ich tue das um so lieber, als die Denkschrift nach unzweifelbaren Nachrichten zum mindesten in England für Deutschland günstig gewirkt hat. Die Denkschrift ist ein rein militärisches Gutachten und sachlich unangreifbar. General Ludendorff bezweifelt aber, daß es bei der Uneinigkeit der Kulturationen und infolge der Spaltung innerhalb des deutschen Volkes möglich sein werde, noch rechtzeitig irgendwelche Maßnahmen gegen den Bolschewismus zu treffen. Es erscheint das um so schwerer, als die Bedrückung Deutschlands noch immer andauert. General Ludendorff sieht deshalb die Lage Deutschlands und Europas sehr ernst an.“

Also, zwar nicht Ludendorff, aber doch Ludendorff. Die Tatsache der Konspiration der deutschen Konterrevolution mit der Entente ist also öffentlich bestätigt worden. Die „Münchener Post“ teilt dazu noch mit, daß die bayerische Regierung den Ludendorff-Hoffmannschen Plan schon seit einigen Monaten gekannt habe.

So stellt es sich heraus, daß an diesem Plan, der anfangs als das Hirngespinn eines Ueberspannten bezeichnet wurde, die einflussreichsten Kreise der deutschen Konterrevolution beteiligt sind. Sogar die „Freiheit“ beginnt die Gefahr einzusehen, die von dem Zusammenschluß zwischen der deutschen und der Entente-Konterrevolution droht. Die „Freiheit“ hätte aber am wenigsten Veranlassung, über Ludendorffs Vandalentum vor der Entente zu klagen, denn bisher wurde diese Beschäftigung von der „Freiheit“-Clique tagtäglich betrieben.

Die „Freiheit“ hat durch ihr blindes Nachlaufen hinter der Entente den Ludendorffern nur den Weg bereitet. Die „Freiheit“ hat durch ihr Schreien nach einer „Verständigung“ alles vorbereitet zu einer Verständigung zwischen Ludendorffern und der Entente.

Die Ludendorffische Gefahr kann nicht beseitigt werden, indem man Ludendorff Konkurrenz im Vandalentum macht. Sie kann nur beseitigt werden, wenn die Arbeiterschaft erkennt, daß die Entwaffnung der Gegenrevolution nur ihr eigenes Wert sein kann, wenn sie geschlossen den Kampf aufnimmt.

## Es steigt unaufhaltsam.

Das Preissteigerungsrummel, der zum Abbau der Löhne injiziert und vorgespiegelt wurde, steigen die Aufwendungen für den notwendigen Lebensunterhalt unaufhaltsam. Der Berliner Statistiker, Dr. Kuczynski, berechnet, daß infolge der geringen Zuteilung von Fetten, deren Preise im Dezember im freien Handel erheblich stiegen, die Kosten des Speisegeldwesens wesentlich höher als in den Vormonaten waren. Unter Rücksichtnahme der eigentlichen Speisegeldspreise kostete nach der Berechnung Dr. Kuczynski im Dezember in Groß-Berlin Milch 1 mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot und Gas 0 mal soviel, Brille 12 mal soviel, Butter 14 mal soviel, Zucker 15 mal soviel, Margarine 18 mal soviel, Kartoffeln 22 mal soviel, Reis und Schmalz 30 mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zwösfache. Derselben rationierten Mengen, für die man jetzt 73,66 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 5,92 Mk. kaufen.

Monat	Mann	Ghepaar	Ghepaar mit 2 Kindern
Dezember 1920	158,—	238,—	330,— M.
November 1920	153,—	228,—	316,—
Aug. 1918 bis Juni 1914	16,75	22,80	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Dezember 1920 für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 55 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8250 M., für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 200 M.

Vom letzten Kriegsjahre bis zum Dezember 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 158 M., d. h. auf das 9,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 238 M., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 330 M., d. h. auf das 11,5fache.

## Ausland.

### Neue Fabrikbesetzungen in Italien.

In der Elektrizitäts-Zentrale von Nola bei Brescia, wo 600 Arbeiter beschäftigt sind, kam es zu einem Konflikt zwischen der Direktion und den Arbeitern, die eine Lohn-erhöhung verlangten. Die Direktion schloß darauf den Betrieb. Die Arbeiter ließen sich aber diese Unternehmerrschheit nicht bieten, sondern besetzten ihrerseits die Elektrizitäts-Zentrale. Daraufhin gab die Betriebsleitung schleunigst nach, und so daraufhin kam eine Verständigung zustande.

Ein ähnlicher Fall spielte sich kürzlich in Mailand, in der Fabrik Bianchi ab: Die Firma entließ einen Arbeiter, der sich mißliebiger gemacht hatte. Darauf schritt die Belegschaft zur Aktion und besetzte den Betrieb. Auch in diesem Falle hatten die Arbeiter den Erfolg, daß die Direktion nachgab. Diese Vorfälle zeigen, daß das Proletariat Italiens allmählich seine Aktivität wiedergewinnt. Auf die Zeit der großen Betriebsbesetzungen war in Italien eine Periode der Erschöpfung gefolgt, die aber naturgemäß bei der revolutionären Zuspitzung der Verhältnisse Italiens nur von kurzer Dauer sein konnte.

### Große Arbeitslosigkeit in Holland.

Die „B. Z.“ berichtet aus Amsterdam: Aus den verschiedensten Teilen des Landes laufen seit gestern Berichte über zahlreiche Schließungen von Fabriken ein, u. a. auch der bekannten Kakaofabrik von Routhon u. Co., und zwar infolge der ersten Wirtschaftskrise und der notwendig werdenden zahlreichen Entlassungen von Arbeitern. Am Sonnabend und Sonntag hat das holländische nationale Arbeitersekretariat mit den verschiedenen Arbeiterverbänden und Föderationen über die heutige Krise, die große Arbeitslosigkeit und die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit beraten. Ein Protesttelegramm an den Minister der Arbeit wurde abgefaßt. Weiter beschloß die Versammlung die Teilnahme an der im nächsten Mai in Moskau stattfindenden internationalen Gewerkschaftskonferenz. Wie das sozialdemokratische Blatt „Het Volk“ berichtet, beabsichtigt die sozialdemokratische Kammerfraktion, sofort nach Wiedereröffnung der Zweiten Kammer die Regierung über ihre Haltung hinsichtlich der Arbeitslosenfrage zu interpellieren.

Die „B. Z.“ schreibt dazu: Der Ausbruch der Handelskrise in Holland kommt nicht überraschend, er war seit Anfang Dezember vorauszu sehen und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der gleichen Krise in Amerika und England. Es ist die Krise der valutarstarken Länder. Auch die Schweiz z. B. ist bereits davon betroffen, wie Bundespräsident Schulthess einem französischen Journalisten erklärte: auch in der Schweiz wächst die Arbeitslosigkeit täglich, steht der Warenverkauf still, ist die Kohle zu teuer, mangelt es an Rohstoffen. Das Weltwirtschaftssystem ist eben chaotisch geworden, und alle Länder leiden Not und sind von schwersten Gefahren bedroht durch die Paradoxien, daß ein Land zu viel, das andere zu wenig Rohstoffe hat, und doch kein Ausgleich erfolgt; daß ein Land zu schlechtem, das andere zu teurem Geld hat, und doch kein Kreditaustausch gesucht wird. Der seit langem gefürchtete katastrophale Winter von 1921 muß die Entscheidung bringen: entweder Rückkehr zu der Vernunft eines gemeinsamen Weltwirtschaftsaufbaues unter Hintanhaltung politischer „Sieger“-Forderungen, — oder allgemeiner und vollständiger Zusammenbruch.

Dieser Kommentar zeigt am besten, wie hoffnungslos die wirtschaftliche Lage von der Bourgeoisie angesehen wird und wie wenig sie daran glaubt, die Weltkrise aus eigener Kraft überwinden zu können.

### Sowjet-Rußland und Rumänien.

Moskau, 9. Januar. („Koska Wien.“) Die Zeitungen in Moskau bringen folgende Note, die der Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitschewin, dem rumänischen Minister des Auswärtigen, Laze Jonescu, geschickt hat:

„Ich bedauere, daß die Schwierigkeiten bei der radiotelegraphischen Verbindung zwischen Rußland und Rumänien die bedauerliche Verzögerung meiner Antwort auf Ihre Radiotelegramme vom 17. und 15. Dezember u. S. verursacht haben. Ich bedauere diese Verzögerung um so mehr, als das Mißverständnis, das den Aufenthalt unserer Truppen im Dnjeßgebiet betrifft, augenblicklich im Interesse beider Länder aufgeklärt worden wäre. Ich kann Sie versichern, daß die einzige Ursache dafür, daß unsere Truppen sich in dieser Gegend aufhielten, die Tatsache ist, daß ihre Winterquartiere, in die sie neulich eingezogen sind, dort liegen. Die Winterquartiere sind aus klimatischen und technischen Gründen zum Teil in die südwestliche Ukraine verlegt worden. Die rumänische Regierung kann sicher sein, daß Rußland und die ihm alliierte Ukraine

# Der Siegeszug des Kommunismus in der internationalen Arbeiterbewegung.

## Der italienische Parteitag eröffnet.

Die Spaltung ist nunmehr unvermeidlich.

(Privattelegramm der „Roten Fahne“.)

Livorno, 15. Januar 1921.

Vor 2000 Delegierten wurde der Parteitag im Gobboni-Theater eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Vacchi gewählt, welcher in seiner Eröffnungsrede an den Jahrestag der Ermordung Liebknechts und Luxemburg erinnerte, worauf sich die Versammlung erhob. Seine Rede fand großen Beifall. Er kündigte hierauf die Anwesenheit von Paul Levi, Dittmann und Rosenfeld an. Der Kongreß wollte nur Vertreter der Dritten Internationale hören, so daß nur Paul Levi, mit stürmisch tosendem Beifall empfangen, die Grüße des deutschen Proletariats überbrachte. Er sagte, die Lehre der deutschen Revolution sei die Vertiefung der Erkenntnis, daß es manchmal nötig sei, für die Revolution verschiedene Wege zu gehen, aber auch, daß ohne eine starke kommunistische Massenpartei das Proletariat nicht zum Sieg geführt werden könne. Diese endlich zu schaffen, sei Aufgabe des Kongresses. Levi wurde mit demonstrativem Beifall angehört. Nach der Eröffnung des Parteitages verlangen die Kommunisten die Umstellung der Tagesordnung. Die Diskussion über die Dritte Internationale beginnt sofort. Grabzjadii hielt hierauf das Referat über die Moskauer Thesen, erklärte sie in einer zweistündigen Rede und bewies ihre Übereinstimmung mit der marxistischen Lehre. Er führte klar die unbedingte Notwendigkeit der Trennung von den Reformisten aus.

Livorno, 16. Januar 1921.

Die Strömung Serrati erklärte die Moskauer Thesen annehmen, falls über ihre Anwendung die italienische Partei entscheide.

Sie machte damit den letzten Versuch, einen Ausgleich mit den Vertretern der Dritten Internationale, Provi und Rabalschewski, zu finden. Diese wiederholten das Verlangen auf vollständige Annahme der Thesen, auf die sofortige Vereinigung mit den Kommunisten und Trennung von den Reformisten. Die Gruppe Serrati lehnte jedoch ab. Dadurch ist, wie gesagt, die Spaltung unvermeidlich. Die Anhänger Serratis erklärten, nichtsdestoweniger den Grundsätzen der Dritten Internationale treu zu bleiben und keine gemeinsame Front einzugehen, weder mit der Berner noch aber auch mit der Wiener Internationale.

Die heutige Vormittagsitzung war ausgefüllt von der Rede des Exekutivkomitees der Dritten Internationale Rabalschewski, die unter großem Beifall der Kommunisten die Politik der Serratigruppe kritisierte. In der Nachmittagsitzung gab es eine erregte Diskussion darüber, in die u. a. Lombardi und Serrati eingriffen. Hierauf sprach Barotono über die Politik der unitarischen Kommunisten. Im Namen der Schweizer Sozialisten begrüßte Frau Bloch die linksstehenden italienischen Sozialisten und setzte sich für die Dritte Internationale ein.

### Partei spaltung in Norwegen.

Die norwegische sozialdemokratische Partei hat sich mit übergroßer Mehrheit der Dritten Internationale angeschlossen. Jetzt haben die menschenwürdigen Führer die Partei verlassen und kündigen für den 1. März die Gründung einer neuen Partei unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens“ an.

### Die Mehrheit der Syndikalisten für Moskau.

#### Internationale Konferenz der Syndikalisten.

Mitte Dezember des verflossenen Jahres fand in Berlin eine internationale Konferenz der Syndikalisten statt, an der folgende Staaten durch Delegierte vertreten waren: Amerika, Argentinien, Frankreich, England, Holland, Deutschland, Schweden und mit beratender Stimme Rußland. Die Konferenz war auf Initiative der deutschen Syndikalisten einberufen worden, die die Absicht hatten, dort eine selbständige Internationale der Syndikalisten ins Leben zu rufen. Nach langen leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die ablehnende Haltung der Konferenz gegen die Schaffung einer neuen Internationale zu Tage trat, und nachdem die Mehrheit der Organisationen sich für den Anschluß an die Moskauer Internationale der Gewerkschaften

erklärt hatte, ließen die deutschen Syndikalisten ihren Antrag fallen und die Konferenz beschloß hierauf einstimmig, allen syndikalistischen Organisationen zu empfehlen, sich am internationalen Kongreß der roten Gewerkschaften zu beteiligen, der im Frühjahr des laufenden Jahres in Moskau tagen wird.

Der Beschluß der Syndikalisten ist ein höchst erfreuliches Zeichen dafür, daß auch jene revolutionären Arbeiter, die den Weg der proletarischen Befreiung, den Weg des Kommunismus noch nicht gefunden haben, immer mehr ihre Fehltümer einsehen und sich der Bestorganisation des kämpfenden Proletariats, der Kommunistischen Internationale anschließen.

### Spaltung der belgischen Sozialisten.

U. Paris, 15. Januar. Die sozialistische Partei hat sich in zwei Gruppen gespalten, wovon der sozialistischen 15, der kommunistischen 10 Abgeordnete angehören.

### Parteitag der argentinischen Sozialisten.

#### Eine starke Minderheit für Moskau.

Buenos Aires, 12. Januar. Der Parteitag der Sozialisten hat in Bahia Blanca mit 5015 gegen 3656 Stimmen den Anschluß an die Moskauer Internationale abgelehnt.

### Der Kommunistischen Partei entgegen in der Tschecho-Slowakei.

Der Dezemberstreik hat die Krise der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Die Arbeiterchaft fordert stürmisch die Gründung der kommunistischen Partei. Um die Lage zu klären und die Dinge vorwärts zu treiben, ließ die Leitung der Linken nach Neichenberg für den 9. und 10. Januar eine Konferenz einberufen. An ihr nahmen 86 Genossen teil, und zwar: 73 Delegierte, 6 Gäste, 4 Vertreter der kommunistischen Jugend und 3 Vertreter der tschechischen Linken. Alle wichtigen Städte und Industriebezirke waren auf der Konferenz vertreten. Das Referat hielt Genosse Kreibich über die politische Lage. Er trat für den bedingungslosen Anschluß an Moskau ein. Ueber die organisatorischen Fragen referierte Genosse Neurath. Er forderte die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, wo die Arbeiterchaft mit dem Opportunismus brechen und die Partei in eine kommunistische umgestalten soll. In der Debatte machte sich eine schwache zentristische Opposition bemerkbar. Zwei Genossen, die die ersten Führer der Linken waren, meinten, daß das Tempo zu rasch wäre. Sie erklärten, daß dem Herzen in Moskau zu sein, sie wollten jedoch mit den sogenannten Tatsachen rechnen. Diese Bedenken wurden von der Konferenz aufs schärfste und einmütig zurückgewiesen. Die Delegierten erklärten, daß, falls die kommunistische Partei nicht raschstens geschaffen würde, ihre Organisationen sich von der Partei losreißen und eigene kommunistische Gruppen bilden werden.

Der Vertreter der tschechischen Linken gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die deutschen Genossen den tschechischen so weit voraus sind und hofft, daß dadurch die Bewegung der tschechischen Linken vorwärts getrieben wird.

In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Wir fordern die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, der Klarheit darüber bringen soll, ob die Gesamtpartei gewillt ist, sich unter resloser Annahme der 21 Bedingungen der dritten Internationale anzuschließen.“

Die letzten Ereignisse haben klar gezeigt, daß die Partei in ihrer gegenwärtigen Form und unter der jetzigen Führung den großen Aufgaben, vor denen das Proletariat im Zeitalter der Weltrevolution steht, nicht gewachsen ist und daß die rascheste Schaffung einer kommunistischen internationalen Partei der Tschecho-Slowakei als Sektion der dritten Internationale eine solche Lebensnotwendigkeit des Proletariats ist, daß jedes weitere Zurückweichen und Kompromiß, das diese Gründung gefährdet, Verrat wäre. Der Parteivorstand muß gezwungen werden, Farbe zu bekennen und Klarheit zu schaffen. Die kommunistische Partei muß errichtet werden entweder durch unsere Partei oder ohne sie.“

keinerlei aggressive Pläne gegen Rumänien im Sinn haben, was auch aus den Anstrengungen hervorgeht, die wir seit einem ganzen Jahr machen, um Ihnen die Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Es liegt an Ihnen, jedes Mißtrauen über die Gefahr eines Konfliktes mit uns abzuwehren. Und die beiderseitige Verbindung zwischen Rumänien und Rußland-Ukraine auf eine solide Basis zu stellen, indem Sie unseren Vorschlag, eine Friedenskonferenz einzuberufen, akzeptieren. Dieser Vorschlag ist noch gültig und es liegt nur an Ihnen, ob er realisiert wird. Die russische Regierung hat Ihre Versicherungen und Ihre Mitteilungen bezüglich Ihrer Einhaltung der internationalen Verpflichtungen, gegen die aus der Arm geflohenen Aufständischen entgegen genommen und erwartet, daß Ihre Haltung und Taktik streng korrekt bleibt. Tschitschewin.

### England fordert ein Friedensverbot mit Rußland.

Moskau, 17. Januar. Eine am 14. d. M. veröffentlichte russische Presse-Notiz enthält die Beschlüsse der russischen Regierung, die die Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland als sehr ernst. Sie bitten mit größter Dringlichkeit auf die Parteilichkeit der britischen Regierung bei der Beurteilung der Angelegenheiten hinzuwirken. Das Ergebnis des Vertrauensbruchs seitens Großbritan-

niens müsse voll und ganz der Verantwortlichkeit der britischen Regierung zur Last gelegt werden.

Tschitschewin hat an die englische Regierung zwei Noten gerichtet, und seinerseits eine Mitteilung Curzons über die Frage der Unterhandlungen zur Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland erhalten. Tschitschewin weist in seiner Note vom 31. Dezember den Vorwurf der englischen Regierung, daß Rußland an der Verzögerung des Handelsübereinkommens schuld sei, zurück. Die russische Regierung müsse erneut darauf hinweisen, daß die Verantwortung voll und ganz auf der englischen Regierung liege. Augenblicklich wende sich die englische Politik von den Bedingungen des Übereinkommens ab und habe so Schuld daran, daß das Handelsübereinkommen bis jetzt noch nicht unterschrieben worden sei. Die russische Regierung habe keine Veranlassung, in dieses Übereinkommen einseitige Änderungen aufzunehmen, die alle gegen die Interessen Sowjetrußlands gerichtet seien. Tschitschewin spricht die Hoffnung aus, daß die englische Regierung nicht von sich aus die Unterhandlungen abbrechen und die schon erzielten Übereinkommen zwischen beiden Staaten rückgängig machen werde. Rußland einerseits sei vom allerhöchsten Wunsch befehle, die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit England wieder aufzurichten.

## Aus der Partei.

### Warnung.

Die Zentrale der V. R. P. D. warnt vor einigen Schwindlern, die unangesehen im Lande herumreisen und die Organisationen brandschlagen und zum anderen Spitzeldienste leisten. Der eine heißt Willi von Adoik, der sich z. B. in Lauenburg in Pommern aufhält. Er gibt an, wegen der Märzkämpfe im Ruhrgebiet politischer Flüchtling zu sein. Der andere Mann heißt Anton Albert Werner, der angibt, im Frühjahr 1919 der Marine-Sicherheitswehr in Halle angehört zu haben. Er hat jedoch niemals unserer Partei angehört, sondern nach den von uns eingezogenen Erkundigungen handelt es sich um einen Schwindler, vor dem gewarnt wird. Der dritte heißt Kindingen aus Düsseldorf, welcher schon vor längerer Zeit als Spitzel entlarvt worden ist und der sich nach der Rheinpfalz gewandt hat.

Wir ersuchen die Genossen, auf die genannten Personen ein wachsameres Auge zu haben, wie wir auch sonst alle Genossen auffordern, falls sich Personen ohne zuverlässige Legitimationen melden, zunächst erst immer bei der Bezirksleitung oder bei der Zentrale anzufragen. Unter keinen Umständen dürfen unbekannt Personen irgendwelche Legitimationen ausgestellt werden.

## Gewerkschaftliches.

### Spaltung in der Afa.

Zu den Verbänden, die sich im Jahre 1919 zur „Afa“ (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) zusammengeschlossen haben, gehörte auch der sehr weit reichstehende Deutsche Werkmeisterverband (Sitz Düsseldorf). Wie die bürgerliche Presse meldet, hat der Deutsche Werkmeisterverband jetzt der Afa die Beiträge gesperrt und der Vorstand des Werkmeisterverbandes hat der Afa in einem Schreiben mitgeteilt, daß er die Teilnahme an einer zum Zwecke der Berufsbildung über die vorhandenen Differenzen für den 22. Januar einberufenen Afa-Vertretersitzung ablehnen müsse und gleichzeitig die weitere Mitarbeit in der Afa einstellt.

Es handelt sich im wesentlichen darum, daß der deutsche Werkmeisterverband der trügerischen Phrase von der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften und der Afa huldigt, hinter der sich die willfährige Knechtschaft vor dem Kapitalismus verbirgt. Dem Werkmeisterverband war die Afa politisch nicht neutral genug. Er will seine Mitglieder vor jedem Anzeichen des Klassenkampfes gegen das Unternehmertum bewahren und die Werkmeister zu willenlosen Gefolgsleuten des Kapitalismus machen.

## Provinz.

### Landarbeiterkonferenz.

Der deutsche Landarbeiterverband hielt am 11. Januar eine aus allen Teilen Schlesiens stark besuchte Landarbeiterkonferenz im Gewerkschaftshaus ab, die den Zweck hatte, den anwesenden Delegierten Bericht von den sechstägigen Verhandlungen des Verbandes mit dem Arbeitgeber zu erstatten. Ueber die Forderungen der Landarbeiter und die Angelegenheiten der Arbeitgeber referierte Gewerkschaftssekretär Gröbner, Breslau. In Ermangelung eines Tarifes sind als Richtlinien für die Bezahlung von den Arbeitgebern Vorschläge gemacht worden, die für die Arbeitnehmer sehr ungünstig sind. Das Deputat wird zu den heute maßgebenden Preisen in Anrechnung gebracht und der Barlohn soviel wie garnicht erhöht. Außerdem will man den neuen Lohnstarif in drei Wirtschaftsklassen einteilen. Demnach würde das Gesamteinkommen einer sechsköpfigen Landarbeiterfamilie in Wirtschaftsklasse I 5850 Mk. betragen, für die anderen beiden Klassen je 100 Mk. weniger, so daß dem Manne, nach Abrechnung des Deputats mit etwa 4676 Mk., noch 1074 Mk. Barlohn verbleibt. Von diesem Barlohn gehen nun aber noch Invaliden- und Altersversicherung, Krankentagebeitrag und Steuern ab, so daß der Landarbeiter tatsächlich nur etwa 600 Mk. im Jahre an barem Gelde verdient. Hierova kann der Landarbeiter natürlich keine Familie erhalten und darum muß die Frau mitarbeiten. Die Arbeitgeber tragen sich mit dem Vorhaben, für die Frau den Arbeitszwang einzuführen. Sie soll gezwungen werden, ohne Rücksicht auf die Familienverhältnisse, mindestens 4 Tage wöchentlich in der Landwirtschaft zu arbeiten; wo dieser Apparat nicht nachgeliefert wird, sollen dem Mann 30 Pfg. vom Stundenlohn abgezogen werden. Nach den Vorschlägen des Provinzial-Arbeitgeber-Verbandes würde das Einkommen einer Landarbeiterfamilie bei 200 Arbeitstagen mit durchschnittlich

9 Arbeitsstunden pro Tag und 85 Pfennig Stundenlohn 1530 Mk. jährlich betragen, wozu noch ein Akkordzuschlag von 30% kommt, also eine Gesamteinnahme von 1759,50 Mk. pro Jahr. Nach Abzug der allerwichtigsten Naturalien für die sechsköpfige Familie, die nicht im Deputat mitinbegriffen sind, wie Zucker, Margarine, Perlinge usw., ferner der Versicherungsbeiträge für die Frau, bleiben der Familie, wo Mann und Frau arbeiten, noch keine 80 Mark im Jahre an barem Gelde, wovon nun Schuhe, Kleidung und sonstige Ausgaben bestritten werden sollen.

In der Aussprache wurde vor allem Klage über die lange Arbeitszeit der Frauen, sowie über die in den meisten Orten vorherrschenden schlechten Wohnungsverhältnisse geführt. Frühere Ställe hat man zu Wohnungen hergerichtet, die für 150 Mark angerechnet werden. Unter großem Beifall wurde eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Mitglieder der Lohnkommission der Landarbeiter Schlesiens, die Richtlinien der Arbeitgeber, die eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorsehen, ablehnen. Und daß sie sich bemühen, daß die Ernährung des deutschen Volkes von dem ungehörigen Fortgang der Landwirtschaft abhängt, sie auch gewillt sind dafür Sorge zu tragen; aber sie könnten nicht zusehen, daß sie mit ihrer Familie dem Hungertode entgegengehen sollen. Sie lehnen jede Verantwortung für den gefährdeten Frieden ab, beauftragen ihre Verbandsvertreter auf dem Verhandlungswege alles zu versuchen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die Landarbeiter müssen erkennen, daß man Lebensbedingungen nicht erhandeln kann, sondern daß sie erkämpft werden müssen.

### Generalversammlung der V. R. P. D.

Alt-König. Am 9. Januar fand in Böhm's Brauerei die Generalversammlung der V. R. P. D. statt. Nach Eröffnung des Kassenerichts stellte der Gesamtvorstand seine Posten der Versammlung zur Verfügung. In der darauf folgenden Neuwahl wurden die Genossen Schubert als 1. Vorsitzender, Wittig als Hauptkassierer, Schenke als Schriftführer, Gnerlich und Knipper als Revisoren wiedergewählt. Zu Unterassessoren wurden die Genossen Herrm. Obst, Paul Schönwiese, Richard Frenzel und Dyonotarsky gewählt. Zum Punkt Beitragsberhöhung sprachen die Genossen Schubert und Ulrich-Sottesberg. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Erhöhung. Genosse Ulrich referierte zum Schluß über die politischen Tagesfragen und geißelte die demagogische Handlungsweise der Waldenburger Gewerkschaftsbürokratie gegenüber den Kommunisten.

### Herr Bürgermeister, wo sind Sie?

Janer. Nach Erledigung verschiedener Vorlagen, wandte sich in der Stadtkonferenzversammlung der kommunizistische Stadtverordnete, Lehrer Seidel, an den Magistrat mit der Anfrage, wo sich der Bürgermeister befindet. Er habe festgestellt, daß dieser an 99 Tagen im Jahre nicht zu ermitteln gewesen sei, weshalb er anfrage, bei welcher Zuständigkeit man in dieser Angelegenheit Auskunft erhalten könne. Die Anfrage rief berechtigtes Aufsehen hervor.

### Die Alarmprobe der Orgeß.

Ratshaus Kreis Neumarkt. Vor einigen Tagen hatte hier eine Orgeß-Versammlung stattgefunden. Wie das bei solchen Gelegenheiten der Fall ist, werden die Orgeßhaupteingeladen befruchtet von den abgegebenen Versicherungen von dannen gefahren sein. Weniger befruchtet wären sie wohl aber gewesen, wenn sie einige Tage später der Alarmprobe beigewohnt hätten, „drei Signale aus einer Autohupe“! Jeder wußte, was los war, aber kaum einer kümmerte sich darum. Nach erfolgtem Warten hatten sich um den schimpfenden Gemeindevorsteher ganze 6 Mann versammelt. Ein zufällig anwesender Kommunist ergriff dann auch, daß „kein Ah bezahlen will“. Der Genosse gab dem Gemeindevorsteher den Rat, den Krempel hinzuzwerfen, was dieser auch versprach.

## Locales.

Breslau, den 19. Januar 1921.

**Achtung!** **Kassierer.** **Achtung!**  
 Ab 1. Januar 1921 beträgt das Eintrittsgeld für männliche und weibliche Mitglieder je 1.50. An Mitgliederbeiträgen sind ab 1. Januar 1921 zu erheben:  
 1. Für arbeitende männliche Mitglieder wöchentlich 70 Pfennige.  
 2. Für arbeitende weibliche Mitglieder wöchentlich 40 Pfennige.  
 3. Für arbeitslose männliche Mitglieder wöchentlich 50 Pfennige.  
 4. Für arbeitslose weibliche Mitglieder wöchentlich 30 Pfennige.  
 Die Abrechnungen für Januar und Februar 1921 der Hauptkassierer der Distrikte mit dem Ortskassierer hat spätestens bis 5. März d. Js. zu erfolgen. Für spätere Monate ist stets am 5. des folgenden Monats abzurechnen. Die Beitragsmarken, die

in kurzer Zeit zur Ausgabe gelangen, sind von den Distrikts-Hauptkassierern vor der Ausgabe an die Ortskassierer durch einen Stempel zu entwerfen. Auch die Mitgliederbewegung über Ab- und Zugang, der von 1 bis 4 bezahlten Genossen, ist bei der Abrechnung dem Ortskassierer genau anzugeben. Sämtliche eingezogene Geldbeträge (auschl. Wahlfonds) sind fortan nur an den Ortskassierer abzuführen.

Der Ortskassierer der V. R. P. D.

### Gegen Wucher und Schleichhandel.

Die Amtsgerichte zu Breslau, Trebnitz, Neumittelwalde, die Schöffengerichte zu Breslau, Neumittelwalde und Lublitz und die Strafkammer zu Oppeln haben in der Zeit vom 8. November 1920 bis 1. Januar 1921 in 13 Fällen, bei denen es sich um Übertretung der Wucher- und Schleichhandelsbestimmungen handelte, auf Geldstrafen in Höhe von 200 bis 5000 Mk. erkannt. Daneben wurden in drei Fällen Gefängnisstrafen von 1 Tag bis 6 Monaten ausgesprochen. Die höchste Gefängnisstrafe zuzüglich 100 Mk. Geldstrafe, wurde dem Handelsmann Hugo Redemann, hier, Schönstraße 9, wegen Vehlerei und Höchstpreisüberschreitung, die höchste Geldstrafe von 5000 Mk. zuzüglich 1 Monat Gefängnis, außerdem 300 Mk. Geldstrafe (gegebenenfalls eine weitere Gefängnisstrafe von 1 Tag für je 15 Mk.) dem Wild- und Geflügelhändler Carl Siebag, hier, Heinrichstraße 12, wegen fortgesetzten Schleichhandels, wegen Nötigung eines Beamten in Lateinheit mit Beleidigung und wegen Beleidigung in einem weiteren Falle zuerkannt.

Es ist wirklich rührend, zu sehen, mit welchem Eifer die Behörden gegen Wucher und Schleichhandel vorgehen. In der Zeit von zwei Monaten wurden von 7 Amtsstellen in 16 Fällen auf ein Urteil erkannt. Das macht in einem Monat auf eine Amtsstelle reichlich ein ganzes Jahr. Und wenn man sich die Strafen betrachtet, so kann es sich nur um die sogenannten „kleinen“ Schieber handeln, oder die Klassenjustiz der famosen Schieberrepublik Deutschland hat wieder einmal tadellos gearbeitet.

Den maßgebenden Stellen geben wir folgenden Fall zur Kenntnis. Uns wird gemeldet: Mit Zug 226, Abfahrt 11.15 Uhr, gehen täglich 2 Waggon Stoffe von Breslau nach Oberschlesien und von dort nach Polen. Dies geschieht bereits 1/2 Jahr.

### Wahlen zum Kaufmanns- und Gewerbegericht.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 29. Oktober 1920 ist die Amtsdauer der Beisitzer zum Kaufmannsgericht bis zum 31. März 1921 verlängert worden. Bei den Neuwahlen sollen die in Breslauer Gemeindeblatte vom 16. Januar und an den Ausschlagzäunen angegebenen erweiterten Bestimmungen über das Wahlrecht Anwendung finden. Zur Aufstellung der Wählerliste haben die zur Teilnahme an der Wahl Berechtigten ihre Stimmberechtigung in der Zeit vom 17. bis einschließlich 30. Januar bei dem Magistrat schriftlich oder mündlich anzumelden. Zur schriftlichen Meldung dürfen nur die im städtischen Wahlamt (Zimmer 39 im 1. Stock des Stadthauses, Eingang Elisabethstraße 9 oder durch das Rathaus) frei verabfolgten Vordrucke verwendet werden, die postgeldfrei einzufenden sind. Meldungen mehrerer Personen auf einem Vordrucke oder in Form einer Nachweisung sind unzulässig. Mündliche Meldungen werden innerhalb der angegebenen Frist wertlos. Meldungen werden innerhalb der angegebenen Frist wertlos. Meldungen werden innerhalb der angegebenen Frist wertlos. Meldungen werden innerhalb der angegebenen Frist wertlos.

### Genossen!

Bergeht die Opfer in den ungarischen Gefängnissen nicht. Unterstützt und fördert die Disziplin der kommunistischen Jugendinternationale. Sammelstelle: Breslau I, Nikolaistraße 42/50. Geöffnet: Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nach 5 bis 7 Uhr.

## Eingefandt.

(Für Juristen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preisgelegte Verantwortung.)

### Zeltfame Geschäftspraktiken.

Ein einzelnes Bündchen aus Reclams-Universal-Büchern kostet heute bei einem Friedenspreis von 20 Pfg. — 1,65 Mark. Dieser hohe Preis, dessen Ueberhörs allein den Buchhändlern zugute kommt und den nicht die bei solchen Gelegenheiten immer vorgehobenen „hohen Arbeitslöhne“ bedingen, scheint aber trotzdem mancher Buchhandlung noch zu gering zu sein, wie folgendes Erlebnis, das ich jüngst hatte, in grellen Schlaglicht zeigt.

Ich benötigte ein Werk, das als Doppelnummer bei Reclam erschienen war, und ging, um mir dasselbe zu besorgen, in die Buchhandlung von Zimmer, Ecke Albrechtsstraße und Schulstraße. Der Verkäufer erklärte mir aber, angewiesen zu sein, für den Doppelband den Preis von drei Heften, somit also 4,95 Mark zu verlangen. Trotzdem ich ihn auf den Irrtum seiner Berechnung sofort aufmerksam machte, blieb er bei seiner Forderung, worauf ich natürlich das Geschäft verließ. Bei einer anderen Buchhandlung bekam ich das Werk für den jetzt üblichen Preis von zusammen 3,30 Mark.

Vielleicht äußert sich einmal die betreffende Buchhandlung dazu, denn solche Praktiken sind doch wohl schon mehr als Buchst.

Respektvoll für den gesamten Inhalt Herr Neubert; für Inserate: Liebchberger & Meyer. Druck: Buchverlag Vögel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Stadtheater.**  
 Mittwoch 7 Uhr:  
 Wenn ich König war.

**Oper-Theater.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Die fünf Frankfurter

**Oper-Theater.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Die Wildente.

**Schauspielhaus.**  
 Operntische II. R. 245  
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
 Die Falschinger.

**Liebsch-Theater.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Der große Erfolg des  
 Januar-Programms.

**Ober-Bayern**  
 Gartenstr. 63  
 Täglich  
 die urfidelen  
**Oberlandler**  
 Kaiser, Strass, Carl

**Achtung! Wo?**  
 kann man seine und gebr.  
 Mittel sowie ganz Ein-  
 richtungen am billigsten  
 und verlässlichsten?  
 Bei H. Kluge,  
 Rosenstraße 12, nur 1. Etg.

**St. Hubertus-**  
 Friedrich-Erdmann-Str. 11  
 Jeden Mittwoch  
 und Sonntag  
 groß. öffentl. Tanz  
 Vorname Musik  
 wozu org. einladet  
 Richard Engel  
 selbst Frau.

**Kranke**  
 Harardstr., Rad- und Ge-  
 schicktskrankheiten behandelt  
 mit Erfolg. Viele freiwillige  
 Anerkennungen von ausge-  
 heilten Patienten.  
 Dr. Richard Franz-Joschke,  
 Palmstr. 22, II. Tel. 916 1921.  
 9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

**Ich kaufe**  
 alle  
**Militär-**  
**Bekleidungsstücke**  
 und  
**Herrngarderobe**  
 neu und gebraucht  
**Max Hadamek**  
 Brandenburgerstr. 9, Fl.

**Zentralverband der Schuhmacher**  
 Verwaltung Breslau - Margaretenstr. 17, Zimmer 73.  
 Mittwoch den 19. Januar 1921, abends 8 Uhr  
 im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses,  
 Margaretenstraße 17  
**Versammlung**  
 der Schuharbeiter u. Lehrlinge  
 Tages-Ordnung:  
 1. Lesungen.  
 2. Die Bedeutung der Betriebsräte im Handwerk.  
 3. Beschluß.  
 Wir erziehen unsere Mitglieder, die Lehrlinge auf  
 die Befreiung anzuregen zu machen und mit-  
 zubringen.  
**Die Ortsverwaltung.**  
 J. L. Gg. Reiser.

**Sprechapparate**  
 Schallplatten stets neueste Aufnahmen von  
 Reparaturen schnellstens und billig  
 Schallplattenbuch u. abgesp. Platten werd. geb.  
**Wiener & Futter**  
 Breslau I, Schmiedebrücke

**Der gute HENNIG-CREEM**  
 in bester Qualität erhältlich in den  
 einschlägigen Geschäften und bei  
**H. Hennig, Eutrichstraße 5/6**